

POSTANSCHRIFT Postfach 394, 4021 Linz

An den
Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen

Per E-Mail an
NR-AUS-PETBI.Stellungnahme@parlament.gv.at
Barbara.bluemel@parlament.gv.at

ANSCHRIFT Volksgartenstraße 40
4020 Linz
TEL +43 (0)50 6906-2417
FAX +43 (0)50 6906-62417
UNSER ZEICHEN WSG/PS/oe
BEARBEITER/IN Mag.^a Petra Stumptner-Diethör
DATUM 25. Juni 2020

Stellungnahme zur Bürgerinitiative betreffend die Verfassungsrechtliche Absicherung des solidarischen gesetzlichen Pensionssystems nach dem Umlageverfahren (15/BI)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Arbeiterkammer OÖ bedankt sich für die Gelegenheit, zu unserer Bürgerinitiative betreffend die Verfassungsrechtliche Absicherung des solidarischen gesetzlichen Pensionssystems nach dem Umlageverfahren, Stellung nehmen zu können.

Die von der Arbeiterkammer OÖ im Frühjahr 2019 gestartete parlamentarische Bürgerinitiative hat zum Ziel, die solidarische Pflichtversicherung, die Finanzierung nach dem Umlageverfahren und die Ausfallsgarantie des Staates verfassungsrechtlich abzusichern.

Mit der Initiative wollen wir die solidarischen Elemente der gesetzlichen Pensionsversicherung hervorheben und damit eine klare Abgrenzung zu den kapitalgedeckten Verfahren der privaten Alterssicherungsvarianten aufzeigen. Die politische Tendenz entwickelt sich auch in der aktuellen Regierungszusammensetzung in Richtung verstärkter Individualisierung der Risiken bei der Alterssicherung: Die kapitalgedeckten Systeme sollen laut Regierungsübereinkommen verstärkt gefördert werden. Das darf nicht dazu führen, dass das gesetzliche Pensionssystem geschwächt wird und die existenzsichernden Leistungen nicht mehr garantiert werden können.

Da neben einer hohen Beschäftigungslage und guter Lohnquoten auch ausreichend Vertrauen in das gesetzliche Pensionssystem nötig ist, soll ein Bekenntnis der Bundesregierung und des Nationalrates zu einer verfassungsmäßigen Verankerung des gesetzlichen Pensionssystems das Vertrauen der Versicherten – allen voran das der Jugendlichen – stärken.

**KAMMER FÜR ARBEITER
UND ANGESTELLTE
FÜR OBERÖSTERREICH**

DVR 0077747

BANKVERBINDUNG IBAN AT73 1400 0466 1066 0010
BIC BAWAATWW



Die aktuelle Krise verdeutlicht, wie existenziell wichtig ein gut funktionierender Sozialstaat ist, um die Grundbedürfnisse einer Gesellschaft weitgehend sicherzustellen. Die auch vor der Coronakrise schon schlechte Performance der kapitalgedeckten Versicherungsvarianten wird durch die schwierige Situation auf den Börsen- und Finanzmärkten weiter sinken. Sie bieten noch offensichtlicher als bisher keine Basis für eine Alterssicherung. Dagegen hat die gesetzliche Pensionsversicherung bereits zugesagt, auch in dieser Krise alle Pensionsleistungen pünktlich zur Auszahlung zu bringen.

Gerade in heftigen Zeiten, wie wir sie aktuell erleben, kann die Verlässlichkeit von gesetzlichen Versicherungen im Vergleich zu den kapitalgedeckten Systemen nicht hoch genug hervorgehoben und abgesichert werden.

Wir erachten die Verankerung des gesetzlichen Pensionssystems als Verfassungsbestimmung daher als Absicherung vor politischen (einfachgesetzlichen) Eingriffen für wichtig.

Wir hoffen, dass unsere Einschätzung hilfreich ist.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Josef Moser, MBA
AK-Direktor



Dr. Johann Kalliauer
AK-Präsident

i.V.



Andrea Heimberger, MSc
Direktor-Stellvertreterin

**KAMMER FÜR ARBEITER
UND ANGESTELLTE
FÜR OBERÖSTERREICH**